



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ HSH Nordbank +++ Turnhallen in Bewegung +++ Rosa Luxemburg +++ Koppel 100: Abschied +++ Kulturtipp +++

Lassen Sie Ihr Geld oder das des Steuerzahlers arbeiten: Das trostlose Drama der HSH Nordbank



HSH-Beschäftigte protestieren gegen geplanten Stellenabbau (Foto: dpa)

Die HSH Nordbank, die Elbphilharmonie und die öffentlichen Finanzen haben sich in den zurückliegenden Monaten zu einem Albtraum für die Hamburger Politik entwickelt. Ein kurzer persönlicher Rückblick.

Für mich war die HSH Nordbank schon im Wahlkampf zur Bürgerschaft eine große politische Baustelle. Jeder Bürger konnte wissen, dass die Finanzkrise seit Mitte des Jahres 2007 den Großteil der Bilanzen der Bankinstitute durcheinanderbrachte. Auch die Landesbanken in Deutschland waren tief in den Abwärtsstrudel verstrickt, der mit dem Platzen der Vermögensblase einsetzte. Immerhin waren in Sachsen schon ein Finanzminister und ein Ministerpräsident darüber im politischen Aus gelandet. Im Rahmen des Wahlkampfes habe ich in den Fernsehdebatten den Finanzsenator Michael Frey-

tag auf die Probleme und seine »Nichtpolitik« angesprochen. Vor laufender Kamera pries der CDU-Politiker das Bankinstitut in den höchsten Tönen, obgleich aus der Wirtschaftspresse schon bekannt war, dass auch die HSH-Nordbank einen dreistelligen Millionenbetrag auf »toxische« Wertpapiere abschreiben musste. Die Sendung war zu Ende und der Senator deutete an, dass man selbstverständlich nicht ohne Blessuren aus der globalen Finanzkrise herauskommen werde.

Die Wahlen waren vorbei und im Frühjahr 2008 musste der Wertberichtigungsbedarf laufend nach oben korrigiert werden. Obwohl sich die Berichte nach der Wahl bewahrheiteten, wollte der Finanzsenator von einer Krise nichts wissen. Im Mai informierte er über die Absicht, der HSH-Nordbank eine Kapitalerhöhung zu verpassen. Es handelt sich um die

Kleinigkeit von 2.000.000.000 Euro, die von den vier Gesellschaftern aufzubringen waren.

Für die Fraktion der LINKEN war ich dagegen, in den sich abzeichnenden Abgrund weiteres gutes Geld der Steuerzahler hinterher zu werfen, für die Hansestadt hätte dies immerhin letztlich über 400 Millionen Euro bedeutet. Mit dem Senator und der schwarz-grünen Mehrheitskoalition war allerdings über die Situation der Bank und mögliche alternative Strategien nicht zu reden. Meine Vermutung, letztlich würde das frische Geld nur zum Löcherstopfen eingesetzt, wurde als böse Polemik abgetan. Die Argumente der Schwarz-Grünen: »Zum Zwecke der Kapitalbeschaffung zur Sicherung des Geschäftsmodells der HSH Nordbank AG war ursprünglich für 2008 der Börsengang angestrebt... Auf Grund der aktuellen Verwerfungen der Finanzmärkte ist an diesem Zeitplan nicht festgehalten worden, weil ein Börsengang für die Anteilseigentümer nicht wertschaffend durchgeführt werden kann. Trotz des verschobenen Börsengangs wird die kurzfristige Verbesserung der Kapitalausstattung der Bank als erforderlich angesehen, um das vom Markt anerkannte Geschäftsmodell zu stärken und die guten Renditeaussichten der Anteilseigner zu wahren. Als Maßnahme wird von den Aktionären daher eine Kapitalstärkung im Umfang von Euro 2.000 Mio. angestrebt.«



Noch-Finanzsenator Michael Freytag

Nach der Kapitalerhöhung erklärte Freytag: »Die HSH Nordbank schreibt schwarze Zahlen und liefert hohe Dividenden ab. Um eine solche Bank werden wir beneidet.« Noch im Oktober behauptete er: »Die Bank ist im Kern gesund.«

Seit Mai gab es ein Gezerre darum, ob und in welcher Form der Haushaltsausschuss über die Situation der Bank informiert werden muss und darüber debattieren darf. Dank der Unterstützung durch die oppositionelle SPD-Fraktion hat es wenige Beratungen gegeben, die z.T. durch die aktuellen Stunden ergänzt werden konnten.

Für die SPD war eine kritische Haltung zur Nordbank sicher keine einfache Sache, weil die Bank ursprünglich ein Projekt der Sozialdemokratie war. Politisch war der Anstoß für die Fusion der beiden Landesbanken von Hamburg und Schleswig-Holstein aus dem Norden gekommen, die treibenden Akteure waren der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Björn

Engholm (SPD) vor 20 Jahren und seine Nachfolgerin Heide Simonis (ebenfalls SPD). Erst nach der Machtübernahme der CDU-FDP-Schill-Koalition im Herbst 2001 nahm das Projekt Fahrt auf. Vor allem der neue CDU-Finanzsenator Wolfgang Peiner, intern der wichtigste Ratgeber des neuen Bürgermeisters Ole von Beust (CDU), machte sich für eine engere Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein stark. In Hamburg wurde die Banken-Ehe von der Bürgerschaft einstimmig beschlossen – mit den Stimmen von CDU, Schill-Partei, FDP, SPD und GAL. Peiner prahlte damals: »Dass wir nun eine große deutsche Geschäftsbank mit Sitzen in Hamburg und Kiel haben, ist in der Tat ein sehr stabilisierender Effekt für den Bankenplatz Hamburg.« Und andere CDU-Redner bescheinigten dem Finanzsenator eine »Glanzeistung« und auch die oppositionelle SPD konstatierte: »Diese Fusion verdient Lob.«

Der Hintergrund für diese Politik war der neoliberale Wahn, über Vermögenspolitik, Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung die bisherigen Gesetze der kapitalistischen Gesellschaft aushebeln zu können. Kritik an diesem Schwachsinn war weder in noch außerhalb der Finanzsphäre gewünscht und das Parteiensystem war Anfang des 21. Jahrhunderts mit großer Mehrheit für diesen Kurs. Heute, nachdem die Katastrophe sichtbar wird, konstatiert selbst eine neoliberale Denkfabrik: »Wieder einmal ist eine Blase geplatzt, und wie schon oft in der Wirtschaftsgeschichte hat sich bei vielen die Illusion eines sich stetig selbst nährenden Reichtums in Luft aufgelöst.«

Im Windschatten dieses neoliberalen Irrsinns wurde auch die Hamburger Sparkasse (HASPA) in eine Aktiengesellschaft transformiert. Die HASPA baute ihre Geschäfte aus, man kaufte sich überall ein und wurde zum Vertriebspartner für toxische Wertpapiere; das Platzen der Blase bezahlen viele Hamburger Sparer mit Verlusten ihrer Sparrücklagen (die Zertifikate von der US-Bank Lehman Brothers sind mittlerweile wertlos.)

Aus den Anläufen in der Bürgerschaft, zu einer offenen kontroversen Debatte über die trudelnde HSH Nordbank zu kommen, folgte trotz sich häufender Katastrophenmeldungen gar nichts. Die einzige sichtbare Konsequenz: Der Hamburger Finanzsenator Michael Freytag wurde angesichts der immer neuen Katastrophenmeldungen aggressiver. Anfang November warnte er davor, die Aufsichtsräte aller Landesbanken verantwortlich zu machen, da es sonst ein »Massaker« unter deutschen Politikern geben würde. Zugleich bezeichnete er sich als »Feuerwehrmann«, den man »nicht beim Löschen erschießen« dürfe.

Die HSH Nordbank kommt nicht aus den Schlagzeilen. Der vorletzte Skandal, der selbst die letzten Gutgläubigen auf die Palme gebracht hat: Details über die vielen Tochterfirmen der Bank in Steuerparadiesen wie den Cayman- oder Marshall-Inseln, über die sich die HSH an der Politik der Steuerhinterziehung beteiligt hat.

Der zuständige Finanzsenator Freytag findet diese Praxis nicht kritikwürdig, weil die Bank dort gute Geschäfte gemacht habe, die letztlich dem Hamburger Haushalt zugute gekommen seien. Diese Haltung ist nun selbst in den eigenen

Reihen nicht mehr vermittelbar, sodass auch in der CDU der Ruf nach einem Rücktritt des Finanzsenators laut geworden ist. Dass Finanzsenator Freytag seinen Hut nimmt, ist längst überfällig. Die HSH Nordbank steht nicht nur wegen der riesigen Abschreibungen auf »toxische« Papiere in der Größenordnung von drei Mrd. Euro unter gewaltigem Druck. Auch das wichtige Geschäftsfeld der Schiffsfinanzierungen ist durch die Wirtschaftskrise weitgehend zusammengebrochen. Ein Politiker mit einer solchen Kette von Fehleinschätzungen sollte das Feld räumen.

Wegen dieser desaströsen ökonomischen Situation des Unternehmens wollen die schleswig-holsteinischen Sparkassen, wie Sparkassen in anderen Bundesländern auch, seit längerem aus dem konkursreifen Unternehmensprojekt Landesbank aussteigen. Nur die Garantie der Landesregierung Schleswig-Holsteins für ihre Einlagen hält sie noch bei der Stange.

Der vorerst letzte Skandal: Institutionelle Anleger halten bei der HSH Nordbank stille Einlagen in Höhe von 900 Mio. Euro. Eigentlich sollten die nur verzinst werden, wenn die Bank Gewinne macht. Gleichwohl sollen, was rechtlich möglich ist, diese stillen Teilhaber jetzt Dividenden in Höhe von 70 Mio. Euro erhalten. Die HSH Nordbank tut das, um zu verhindern, dass diese Gelder abgezogen werden. Diese Verzweiflungstat kann nur verstanden werden vor dem Hintergrund, dass die vier Anteilseigner der Bank, also Hamburg, Schleswig-Holstein, die Sparkassen und der amerikanische Finanzinvestor J.C. Flowers Co. LLC, sich außerstande sehen, die dringend erforderliche Kapitalerhöhung zu schultern.

Faktisch hat die HSH Nordbank nurmehr die Chance, sich rigoros auf den Status einer kleinen Regionalbank herunterzuschumpfen. Ob sie allerdings noch über die dazu notwendigen Reserven verfügt, muss bezweifelt werden.

Turnhallen in Bewegung bringen!



Bewegung tut gut! - das gilt leider kaum für die Hamburger Politik

Okay, es ist vielleicht immer ein wenig schräg, die eine öffentliche Investition gegen die andere auszuspielen, aber ich finde schon, dass der Hamburger Senat oft die falschen ausgabenpolitischen Akzente setzt. Nehmen wir nur den teilweise desolaten Zustand vieler (Schul-)Turnhallen oder den Umstand, dass z.B. im Bezirk Mitte fast überall Hallen(kapazitäten) mangels Neubau in den vergangenen Jahren fehlen. Hier wären schon seit langem einige Millionen Euro locker zu machen gewesen, um die Situation des Schul- und Vereinssports und damit die von Zehntausenden jüngeren und älteren Menschen nachhaltig zu verbessern.

Stattdessen hat die CDU-GAL-Koalition gerade mal eben schlappe 13,8 Millionen Euro für die Verbreiterung eines Gehweges vom Baumwall zur Elbphilharmonie bewilligt. Sage da noch jemand, es sei kein Geld für die sportliche Betätigung der Menschen in dieser Stadt da... Es kommt offenkundig nur darauf an, wo Mensch gehen oder laufen soll.

Über alle Finanzierungsfragen hinaus bewegt mich zur Zeit noch ein anderes Thema im Zusammenhang mit der prekären Hallensituation. Seit 2006 ist der Senat damit beschäftigt, eine computergestützte Erfassung und Vergabe der Hallenzeiten für die Vereine auf den Weg zu bringen. Eine ent-

sprechende Ausschreibung ist im Oktober 2007 abgeschlossen, eine Auftragserteilung im März 2008 erteilt worden. Ein dreiviertel Jahr später ist die nötige Software noch immer nicht installiert worden. Während jeder Vereinsvorstand eine saubere Abrechnung und Planung vorlegen muss, schafft es der Senat der Freien und Hansestadt offenkundig nicht einmal, einigermaßen zeitnah auch nur die technischen bzw. organisatorischen Voraussetzungen für die effizientere Vergabe von Hallenzeiten zu schaffen - von der Eingabe und Verwaltung der Daten noch völlig abgesehen. Mit zwei Kleinen An-

fragen (Drucksachen 19/1586 und 19/1923) versuche ich, etwas Licht in diesen Vorgang zu bringen und ihn auf diesem Wege ein wenig zu beschleunigen.

Es ist dies eine der vielen überschaubaren Themen, mit denen sich die Fraktion der LINKEN auseinandersetzt. Aber die Mühen der Ebene sind es oftmals, die den BürgerInnen das Leben vereinfachen oder eben erschweren können. Hier an den verschiedensten Stellen die Finger in die etlichen Wunden zu legen, das ist auch eine der wichtigen Seiten alternativer Parlamentsarbeit, denen wir uns stellen.

90. Todestag von Rosa Luxemburg



Gedenktafel am Berliner Landwehrkanal

Vor 90 Jahre machte die Novemberrevolution von 1918 dem wilhelminischen Kaiserreich den Garaus, damit endete zugleich der vom deutschen Kapital und Militär vom Zaun gebrochene Erste Weltkrieg. Für einige Tage übernahm auch in Hamburg - zunächst im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof - eine Arbeiter- und Soldatenregierung die Macht, setzte den Acht-Stunden-Tag und die Anerkennung der Betriebsräte durch und brachte die überkommenen autoritären Herrschaftsstrukturen ins Wanken. Damit war nicht nur die Basis geschaffen für die erste deutsche (die Weimarer) Demokratie, erstmals gelangten sozialdemokratische Arbeiter auch in führende Regierungsfunktionen, wie z.B. der gelernte Schlosser Otto Stolten (1853-1928), der von 1919 bis 1925 als Hamburgs Zweiter Bürgermeister fungierte.

Die Erinnerung an diese wichtige Etappe der Demokratie- und Arbeiterbewegung ist den meisten bundesdeutschen Zeitungen in den vergangenen Wochen bestenfalls eine Randbemerkung wert gewesen. Keine »repräsentative« Ausstellung auf Bundesebene, keine offizielle Gedenkveranstaltung in Hamburg - den Mächtigen ist diese Revolution offensichtlich noch heute ein Dorn im Auge, barg sie doch über das Räteremodell die Chance einer gänzlich neuen, direkten Herrschaftsform. Nur wenige Wochen hatte sie Bestand, bis sie - nicht zuletzt im Kugelhagel der vom sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav Noske (1868-1946) geleiteten Soldateska und Freikorpsverbände - unterging.

Die seit spätestens 1918 auch parteipolitisch gespaltene Arbeiterbewegung kennt nur wenige Lichtgestalten, die weit

über ihre Zeit hinaus die Menschen und Bewegungen längst nicht nur in Deutschland geprägt und inspiriert haben. Eine dieser überragenden Persönlichkeiten ist Rosa Luxemburg (1870-1919), die - ebenso wie Karl Liebknecht - am 15. Januar 1919 von Freikorpsmitgliedern in Berlin ermordet wurde. In den Memoiren von Waldemar Pabst, dem Kommandeur, der die Ermordung der beiden Politiker der Linken veranlasst hatte, wurde nach seinem Tod folgender Eintrag gefunden: »Daß ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte - mit Ebert im Hintergrund - und auch meine Offiziere schützen musste, ist klar. Aber nur ganz wenige Menschen haben begriffen, warum ich nie vernommen oder unter Anklage gestellt worden bin.«

Ich möchte auf eine Veranstaltung aufmerksam machen, die der Erinnerung an die Novemberrevolution und insbesondere an Rosa Luxemburg gewidmet ist. Am Freitag, den 16. Januar, findet um 20 Uhr im Kulturladen St. Georg (Alexanderstraße 16) eine Lesung und Diskussion der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Christian v. Dittfurth statt. Der Historiker und Journalist hat kürzlich ein Werk unter dem Titel »Das Luxemburg-Komplott« vorgelegt, das der Stimme der Revolution und Vernunft Konturen gibt, aber ebenso auch ihren Todfeinden. Mag diese Veranstaltung Anlass sein, wieder einmal darüber nachzudenken, wie sich die deutsche, ja die europäische Arbeiterbewegung entwickelt hätte, wenn Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Chance gehabt hätten, ihren revolutionären Weg weiterzugehen.

Abschied aus der Koppel 100

von Michael Joho



Blick vom Schreibtisch auf den Innenhof

Studiert habe ich von 1978 bis 1984 an der Universität Hamburg, in einer Zeit, in der in der hochschulpolitischen Linken heftige Debatten tobten um das aus der Frauenbewegung übernommene Motto »Das Persönliche ist politisch«. Diese für mich seitdem weitgehend gültige Erkenntnis will ich an den Anfang der nachfolgenden persönlichen Betrachtungen setzen, die meiner Wohnsituation gezollt sind.

Im BürgerInnenbrief vom 11. November 2008 hatte ich unter der Überschrift »Meine Wut sitzt tief - Von der Umwandlung zur Verdrängung« darüber berichtet, was mit »meinem« Haus in der Koppel 100 passiert ist, seitdem die 16 Mietwohnungen im Jahre 2000 zu Eigentumswohnungen umgewandelt worden sind. Insgesamt ca. 300 von 1998 bis 2008 alleine in St. Georg umgewandelte Mietwohnungen teilen ein ähnliches Schicksal, rund 300 Haushalte standen wie ich plötzlich vor dem Problem, nur noch begrenzte Zeit in ihrer Wohnung verbleiben zu können, weil danach das gesicherte Wohnrecht ausläuft, ein Zeitraum, der nach vorne blickend lange anmutet, zurück blickend aber dann doch irgendwie schnell vergeht.

In das Haus Koppel 100 bin ich zusammen mit meiner studentischen Wohngemeinschaft Anfang der 1980er Jahre eingezogen, damals noch sehr fixiert auf das Treiben an der Uni. Stellte der Campus bis dahin noch meinen faktischen Lebensmittelpunkt dar, veränderte sich die Perspektive schlagartig nach dem Examen 1984. War das Viertel für mich bis dahin einfach nur zentral und in fußläufiger Entfernung von der Hochschule gelegen, nahm ich meine bereits mehrjährige Umgebung erstmals intensiver wahr. So engagierte ich mich ab Mitte der 1980er Jahre in der Stadtteillinken und gehörte u.a. 1987 zu den MitbegründerInnen des alternativen Einwohnervereins St. Georg, deren Vorsitzender ich heute bin.

Die Wohnung in der Koppel war für mich nun Ausgangspunkt für weitere berufliche Projekte, die sich über eine nie zu Ende geführte Dissertation über verschiedene journalistische und publizistische Arbeiten bis zur heute noch betriebenen politischen Erwachsenenbildung erstreckten. Mein Schreibtisch vor dem zum Innenhof des ehemaligen Schulgebäudes Koppel 96/98 gelegenen Fenster hat mich hier den Wandel - die »Aufwertung«, wie er von Seiten der Stadtoberen und des

Bürgervereins gerne beschönigend titulierte wird – tagtäglich erleben lassen: Vom ehemaligen Schulhof, auf dem u.a. der Kulturladen internationale Feste durchführte und die Kinder aus der Nachbarschaft spielen konnten, über die Fällung der sieben rund 100 Jahre alten Linden am 4. März 2002 (ich übertrage dieses Datum wie den Tod einiger Bekannter und Verwandter von Jahr zu Jahr in den neuen Kalender) bis hin zur geleckten Atmosphäre heute, d.h. bis zum privatisierten Innenhof, der im Zuge des Verkaufs des staatlichen Gebäudes an Spekulanten und der Umwandlung zu einem superteuren Eigentumswohnungs-Komplex entstanden ist.

Mit dem Haus Koppel 100 verbinde ich über mittlerweile 28 Jahre eine wechselvolle Geschichte. Angefangen von dem »Besen«, der uns am Abend des Umzugs aufforderte, die Treppe zu putzen und später aus den Bodenräumen meine geliebte Carrera-Rennbahn klaubte, über den Umstand des Kontakts zu Freiern, waren wir doch in einer ehemaligen »Modellwohnung« eingekerkert, bis hin zu den freundschaftlichen Beziehungen, die sich in all den Jahren zu einer stabilen Hausgemeinschaft ausweiteten.

Hier habe ich Kinder zur Welt kommen und aufwachsen sehen, mit unseren längst nach Süddeutschland verzogenen Etagnachbarsfamilie verbindet mich bis heute eine anhaltende Freundschaft, die drei Kinder sind mittlerweile erwachsen und nahmen ab und zu in unserer Wohnung Quartier. Oder Inge und Bernd Knieriem, deren letzte Lebensjahre wir mit einigen HausgenossInnen zusammen begleitet haben. Ich erinnere auch so manches Treppenhausfest, das Ringen um den Fahrradkeller und die mehr oder weniger unregelmäßige, jedenfalls gemeinsame Entmüllung des Bodens.

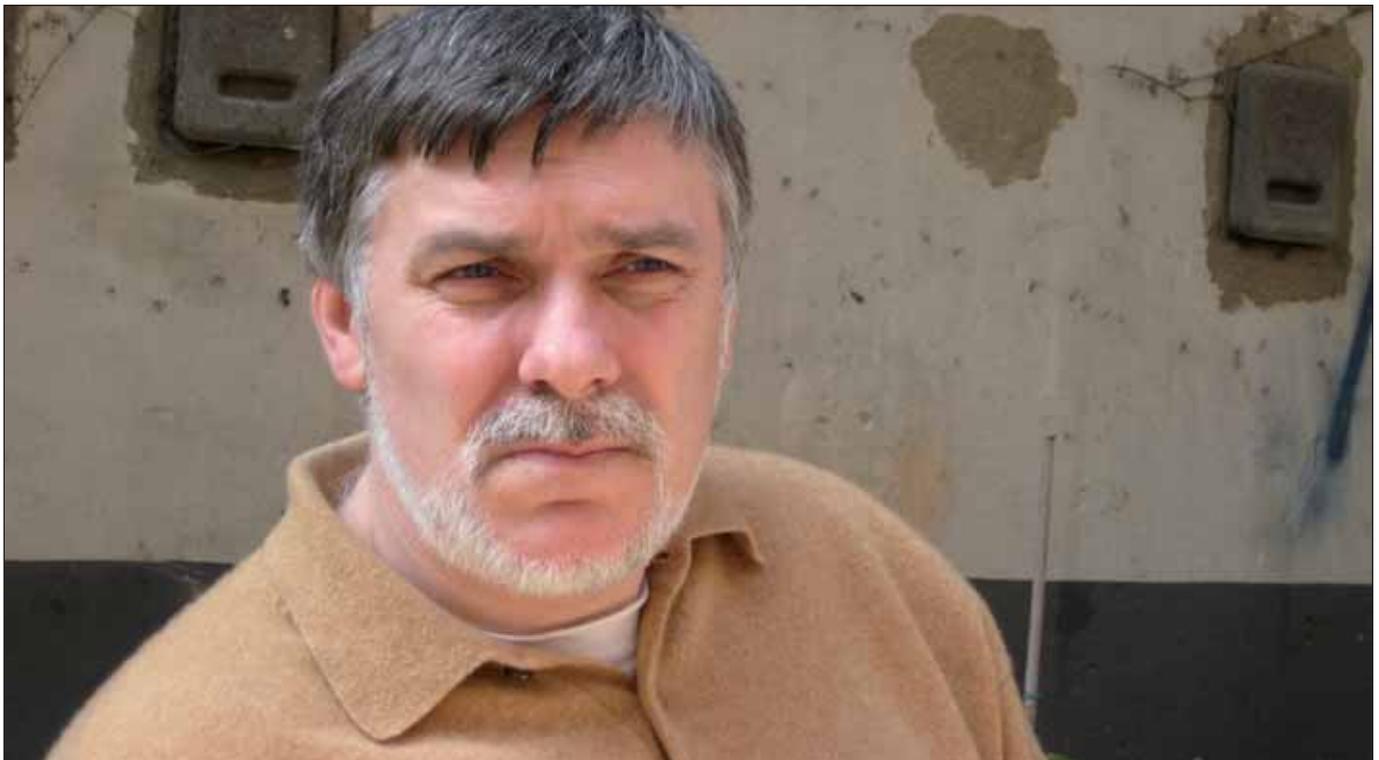
In dieser Umgebung war es auch möglich, im haushaltsübergreifenden Einsatz den ab und an ausflippenden jungen

Mann im Zaum zu halten; als er eines Tages im Alk-Brass das Fenster der Eingangstür eingeschlagen hatte, war es durch die schnelle Abhilfe seiner Familie zwei Tage später neu installiert. Positiver nachbarschaftlicher Druck sorgte für das allseits spürbare Bemühen, mehr oder weniger gut miteinander auszukommen. Waren ausnahmsweise mal Handwerker im Haus, um womöglich im Treppenhaus etwas auszubessern, beschwerte ich mich beim Vermieter, wenn diese – sicher unabsichtlich – die Wand beschädigt hatten. Das war eben »unser« Haus samt kleinem Vorgarten, der so genannten Baumscheibe vor dem Haus, die einige MieterInnen aufrecht gegen den einen oder anderen Hundebesitzer mit Harke und Buchsbaum verteidigten.

Wichtig war mir immer, in einem sozusagen Geschichte atmenden, nämlich gut ein Jahrhundert alten Haus zu leben, Biographien nachzuempfinden, Beziehungsgeflechte zu phantasieren. Meine Spurensuche als Historiker ergab beispielsweise, dass hier um 1914 der expressionistische Künstler Lothar Schreyer gewohnt hat; der hatte mir früher auch nichts gesagt, aber irgendwie fühle ich durch die Wände und die Zeit hindurch eine gewisse nachbarschaftliche Verbundenheit mit ihm...

Ein von uns gedankenmäßig immer favorisiertes genossenschaftliches Wohnen (wie z.B. im Drachenbau) erschien uns angesichts der funktionierenden Hausgemeinschaft gar nicht nötig. Mit der Erbgemeinschaft hatten wir die üblichen, kleinen Plänkeleien, aber es hatte immer auch eine lebenswerte Seite, z.B. als deren Verwalter bei unserer WG anfrage, ob seine nun studierende Tochter nicht bei uns einziehen könne.

Aber alles wurde ganz anders, als die Bezirksparteien CDU, SPD und GAL – ja, leider auch die GAL – dem Verkauf des



Michael Joho: »Meine Wut über die Spekulation sitzt tief – und bleibt.«

benachbarten Schulgebäudes im Höchstgebotsverfahren zu stimmten und damit den Spekulanten in diesem Quartier den Raum bereiteten. Nur wenig später entschied sich auch »unsere« Erbegemeinschaft dazu, das Haus zu verkaufen, leider ohne deren BewohnerInnen vorher zu fragen, ob sich da nicht eine Übernahmemöglichkeit finden lassen könnte.

Und so lief der schnell vollzogene Wandel von einem Haus mit erschwinglichen Mietwohnungen in für uns nicht mehr bezahlbare oder gewollte Eigentumswohnungen ab – ich schrieb darüber, wie o.a., in einem der zurück liegenden BürgerInnenbriefe. Auch über die negativen Folgen, die die gute Nachbarschaft in ihrer gemeinschaftlich ausgerichteten MieterInnenperspektive unterminierten und in den vergangenen Jahren zunehmend zerstörten.

Nun sitze ich zwischen gepackten Kisten und schreibe diese Zeilen im Rückblick auf 28 Jahre meines Lebens, die eng mit der Koppel 100 verbunden waren. Meiner Frau und mir – wir wohnen hier seit Ende 1986 zusammen und haben in dieser Wohnung 1993 geheiratet – war seit 2000 klar, dass

das Damoklesschwert der Verdrängung über uns hängt. Sie wollte gleich nach Alternativen Ausschau halten, ich schwor mir und allen Spekulanten, bis zum Tage nach der Zwangsäumung auszuharren zu wollen, mindestens! Nun gehen wir, weit mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Zuzug, acht Jahre nach der Umwandlung, knapp zwei Jahre vor der eigentlichen Deadline. Wir wollten in dieser Wohnung, in diesem Haus, eigentlich alt werden. Doch diese Möglichkeit ist uns genommen worden, weil das Wohnen im Allgemeinen und zur Miete im Besonderen in diesem Land letztlich nur Objekt der Begierden, von Spekulation und Renditeerwartungen sind. Meine Wut darüber, über die Umwandlung von 300 Mietwohnungen in St. Georg und Tausenden in anderen Hamburger Vierteln sitzt tief. Immerhin, wir haben innerhalb unseres Quartiers eine bezahlbare Alternative gefunden. Das versüßt den Abschied zwar, die kalte Wut über die Verdrängung, über Spekulanten, die bürgerlichen Parteien und ein paar flankierende Helfer im Stadtteil aber bleibt.

Kulturipp: BuchDruckKunst & Wirtschaftswunder im Museum der Arbeit

Mit dem heutigen Kulturipp möchte ich einen Besuch im Museum der Arbeit in Barmbek anregen. Ein Besuch dort lohnt eigentlich immer, denn das Hauptanliegen des Museums besteht darin, deutlich zu machen, wie sich Leben und Arbeiten in den letzten 150 Jahren gewandelt haben. In seinen Ausstellungen geht es der Frage nach, welche Auswirkungen der Prozess der Industrialisierung und der durch ihn bedingte umfassende soziale, kulturelle und ökonomische Wandel auf Menschen, Gesellschaft und Natur gehabt hat. In der Selbstdarstellung des Museums, das sein Domizil im Gebäude der ehemaligen Produktionsstätte der New-York-Hamburger Gummi-Waaren Compagnie verkehrsgünstig am S- und U-Bahnhof Barmbek hat, heißt es daher zu Recht: »Dabei stehen zunächst Ausschnitte aus für Hamburg typischen Bereichen der Arbeitswelt im Vordergrund, wie die Druck- oder Fischindustrie, die Kontor- und Hafearbeit, aber auch die Arbeit im Haushalt. An ihnen vollzieht das Museum nach, wie sich die Anforderungen an die Menschen durch unterschiedliche Arbeitsbedingungen geändert haben, welche Kenntnisse und Verhaltensweisen etwa Maschinen den Menschen abverlangen, welche menschlichen Tätigkeiten sie ersetzen und welche Belastungen oder Erleichterungen sie mit sich bringen. Die immense Steigerung der Warenproduktion, vor allem von Konsumgütern, die mit der technischen Entwicklung einhergeht, wirft das Problemfeld um Qualität, Begleiterscheinungen und Folgen des »technischen Fortschritts« auf. Einen Beitrag zu einer kritischen Betrachtung dessen zu leisten, was als Fortschritt bezeichnet wird, ist deshalb ein zentrales Anliegen des Museums.«

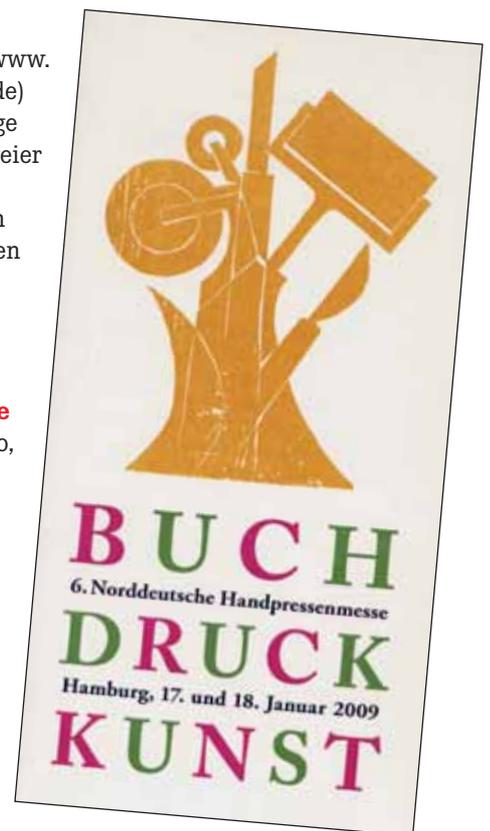
Ein Besuch (Öffnungszeiten sind Montags von 13 bis 21 Uhr, Dienstags bis Samstag von 10 bis 17 Uhr und Sonntags

von 10 bis 18 Uhr; www.museum-der-arbeit.de) lohnt sich dieser Tage zusätzlich wegen zweier besonderer Events: Zum einen findet am Samstag/Sonntag, den 17./18. Januar die

BuchDruckKunst. 6. Norddeutsche Handpressenmesse

statt (Eintritt 8,- Euro, ermäßigt 6,- Euro). Dort zeigen in diesem Jahr 50 Buchkünstlerinnen und Buchkünstler aus dem In- und Ausland ihre Buchschätze und bieten sie zum Verkauf. Pressendrucke, Künstlerbücher, Mappen-Werke, Buchobjekte als Original-

Grafik, die in ihrer Vielfalt ein buntes Bild von der Lebendigkeit und Kreativität der Büchermacherszene vermitteln. Außerdem gibt es Satz-, Druck- und Papierschöpf-Vorführungen sowie Sonderausstellungen (u.a. über zeitgenössische türkische Buchkunst).



Tempo! Auf drei Rädern ins Wirtschaftswunder

Und wenn man schon einmal den Weg nach Barmbek gefunden hat, lohnt unbedingt auch ein Besuch der aktuellen Sonderausstellung über die Geschichte der berühmten »Dreiräder«, die noch in den 1950er Jahren das Straßenbild auch in Hamburg mitprägten.



Die Tempo-Fahrzeuge haben zudem ihre Spuren in der Gemüts- und Kulturgeschichte der Bundesrepublik hinterlassen. Viele ältere Menschen erinnern sich noch an die kleinen, am Vorderrad angetriebenen Lieferwagen der Firma Vidal & Sohn, die mit ihren knatternden Zweitaktmotoren zum Straßenbild und -ton gehörten. Bei jüngeren Besuchern rufen die originellen Fahrzeuge sofort ein Lächeln hervor. Verschiedenste Betriebe fuhrten im Nachkriegs-Deutschland mit den bis 1956 gefertigten Dreirädern »Hanseat« und »Boy« aus den Trümmern ins Wirtschaftswunder.

Vierrädrige Tempo-Modelle, wie der »Matador« oder »Wiking«, erweiterten seit Anfang der 1950er Jahre die Produktpalette. Seit 1928 transportierten dreirädrige Kleinlastwagen nicht nur des Harburger Herstellers viele Güter des täglichen Bedarfs – Obst, Gemüse, Baumaterial u.a. Auf den letzten Kilometern schleppten diese motorisierten Lastesel Güter von Hafen und Güterbahnhof zu den Händlern in der Stadt.

Dreirädrige Lastmotorräder wurden von Vidal & Sohn zunächst in Wandsbek produziert, ab 1935 entstanden die Tempo-Frontwagen mit der typischen dreieckigen Schnauze im Tempo-Werk Harburg-Bostelbek, das nach dem Krieg die eigene Bahnstation »Tempo-Werk Harburg« bekam. 1955 gab die Besitzerfamilie Vidal zunächst die Hälfte der Firmenanteile an Hanomag ab, 1965 schließlich die restlichen 50%. Die Produktionsanlage des Tempo-Dreirades ging 1962 nach Indien, wo bis Februar 2000 weitere »Bajaj-Hanseat« entstanden.

Die Ausstellung, die in Kooperation mit der NORDMETALL Stiftung des Arbeitgeberverbands gezeigt wird, be- gibt sich auf die Spuren einer vergangenen Erfolgsstory. Original-Tempo-Fahrzeuge, Fotografien aus dem Tempo-Archiv und persönliche Erinnerungen zeichnen die Geschichte eines



Fahrzeuges nach, das eine besondere Rolle in der deutschen Verkehrs- und Kulturgeschichte einnimmt. Auf über 500 qm stellt die Ausstellung in einer inszenierten Stadtlandschaft die Nutzungen der Tempo-Fahrzeuge vor.

Der »T6« und der »Front 6« beliefern den Kaufmannsladen, der Handwerker fährt mit seinem »Matador« am Wohnhaus vor, der »Hanseat« steht im Schaufenster des Autohändlers. In der Werkstatt steht das Fahrgestell des »Boy« und mit dem »Bajaj-Hanseat« wirft die Ausstellung einen Blick auf die indische Tempo-Produktion und die Zukunft des Verkehrs auf drei oder vier Rädern.

Zur Ausstellung, die noch bis zum 12. April 2009 gezeigt wird, ist im Verlag Dölling & Galitz das Buch »Tempo. Mein Laster. Warentransport im Wandel«, herausgegeben vom Museum der Arbeit und Jürgen Bönig, erschienen; es hat 144 Seiten, ca. 300 historische und Farbabbildungen, kostet 19,80 Euro und ist im Museumsshop zu erwerben.

Bei aller Nostalgie, die bei diesem Thema nicht zu vermeiden ist, beleuchtet das Museum auch die kritischen Seiten der Firmengeschichte: Zur »Woche des Gedenkens« an die Opfer des Nationalsozialismus spricht der Kurator der Ausstellung, Dr. Jürgen Bönig, am **Montag, den 26. Januar** (19 Uhr), über die **Rolle des Hamburger Tempo-Werkes während der NS-Zeit**. 1945 vernichtete die Firmenleitung belastendes Material zu dieser Epoche. Dokumente und Fotografien aus anderen Quellen ermöglichen es dennoch, die Geschichte der Produktion von Vidal & Sohn zu rekonstruieren.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an – zum Beispiel während meiner **Sprechstunde donnerstags von 16:00 bis 18:00 Uhr im BürgerInnenbüro der LINKEN in der Borgfelder Straße 83** –, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.